April 2019
www.gruene-mittelland-nord.ch

GRÜNE MITTELLAND-NORD

Seite 2
Junge in die Politik
Seite 7
Strassenraum für alle
Seite 8
Platz da für Sonnenenergie!

DER COUNTDOWN LÄUFT: 20.10.2019

VOM KLIMASTREIK ZUR TAT

Tausende junge und ältere Menschen haben im Februar demonstriert: schweizweit, auch in Bern, für Klimaschutz. Trotz Winterkälte war da das Frühlingserwachen bereits spürbar. Geweckt durch die Klimastreiks von Schülerinnen und Schülern, hat sich eine Bewegung formiert, die beherzte Taten fürs Klima einfordert. Wir alle müssen damit nicht bis zu den Wahlen im Herbst warten – wir können schon vorher viel tun.

Und wir, die beiden GRÜNEN Grossräte aus der Region Mittelland-Nord, haben längst damit begonnen: Der eine von uns fährt seit Jahren ein Twike, ein leichtes Elektromobil mit zwei Plätzen – energieeffizienter geht's fast nicht mehr! Der andere heizt das Haus nach erfolgter Nach-Isolierung nicht mehr mit Öl, sondern mit Holz und Sonnenwärme – und auf dem Dach wird Solarstrom fürs E-Bike produziert.

Im Grossen Rat haben wir GRÜNEN nach dem Hitzesommer 2018 ein Vorstosspaket zum Klimaschutz eingereicht. Was wir damals dringlich behandelt haben wollten, verschob die Mehrheit auf den gemächlichen Behandlungsweg. Doch als die Vorstösse sechs Monate später endlich drankamen, war im Rathaus – anders als an der Demo in der Winterkälte – von Frühlingserwachen für den Klimaschutz nicht viel zu spüren.

Wir wollten beispielsweise klimaschonende Elektro-Mobilität und Car-Sharing stärker fördern, als der Regierungsrat zaghaft beabsichtigt. Doch die Mehrheit lehnte auch solche kleinen Schritte ab. Die von uns GRÜNEN initiierte «Erklärung des Grossen Rats» zum Klimanotstand wurde in die Junisession verschoben. Dann erst soll auch entschieden werden, ob unsere parlamentarische Initiative vom letzten Sommer weiterverfolgt werden soll: Wir wollen damit den Klimaschutz als vorrangige Aufgabe in die Kantonsverfassung schreiben.

Das bisherige Zögern und Zaudern, auf Bundesebene auch beim CO_2-Gesetz, zeigt klar: Es braucht weiterhin viel Druck der erwachten Klimaschutz-Bewegung, damit es endlich richtig vorwärts geht. Es braucht im Herbst eine #Klimawahl: mehr GRÜNE im National- und im Ständerat. Und schon vorher, im Sommer, tun wir alle etwas fürs Klima: Wir unterschreiben die Gletscherinitiative, machen umweltschonend Ferien und buchen keine klimaschädigenden Flugreisen. Machen auch Sie mit?

Thomas Gerber, Hinterkappelen/ Wohlen, Grossrat, Nationalratskandidat, www.gerber-thomas.ch

Bruno Vanoni, Zollikofen, Grossrat, Nationalratskandidat, www.brunovanoni.ch

AUTOBAHN-AUSBAU OHNE ENDE?

In Biel hat eine breite Volksbewegung das Westast-Projekt gestoppt. Doch In unserer Region treiben die Planer den Autobahn-Ausbau unbekümmert voran: Für 474 Millionen Franken soll die A1 verbreitert werden: von Bern-Wankdorf übers Grauholz nach Schönbühl von sechs auf acht Spuren, bis Kirchberg auf sechs Spuren. Und damit nicht genug! Bei der Raststätte Grauholz wird neuerdings noch ein neuer Halbanschluss geplant, mit neuen Zubringern und Mehrverkehr aus Zollikofen und Ittigen. Wir GRÜNEN Mittelland-Nord laden ein zu einem öffentlichen Info-Abend mit aufschlussreichem Referat, am Freitag, 10. Mai, abends, im «ChäppuTreff», Kappelisackerstr. 119, in Ittigen. Sobald genauer Zeitpunkt und Programm feststehen, informieren wir via www.gruene-mittelland-nord.ch

Marceline Stettler, Präsidentin Grüne Freie Liste GFL Zollikofen, www.gfl-zollikofen.ch

DIE JUNGEN GRÜNEN – BEREIT FÜR DIE WAHLEN

WARUM POLITIK AUS JUNGER SICHT WICHTIG IST

Die aktuellen Proteste rund um die Klimastreik-Bewegung zeigen es: Die Jugend ist motiviert, in der Politik mitzureden. Voller Elan treten die Jungen Grünen zu den Nationalratswahlen an. Gleich fünf junge Kandididatinnen stammen aus unserer Region Mittelland-Nord.

Elisabeth (Lisi) Dubler, Co-Präsidentin Junge Grüne Kanton Bern, Nationalratskandidatin, Uettligen/Wohlen BE

Die Jungen Grünen spüren den Aufwind, den Greta Thunberg und die Klimastreik-Bewegung mitausgelöst haben. Nach einer anspruchsvollen und engagierten Kampagne für die Zersiedelungsinitiative steht für die starke Jungpartei mit den Nationalratswahlen bereits die nächste Herausforderung an.

Politik – in jeder Lebenslage spürbar

Ein wichtiger Punkt in unserem Wahlkampf wird sein, wie wir die jungen Menschen an die Urne bringen. Denn noch immer sind es die 18- bis 35-Jährigen, die nur selten oder sehr selektiv abstimmen und wählen. Das deutet auch darauf hin, dass sich viele junge Menschen oft von der allgemeinen Politik nicht angesprochen fühlen. Nur in wenigen Fällen fühlen sie sich von Abstimmungsvorlagen direkt betroffen. Doch genau das ist der Punkt: Die Politik geht uns alle etwas an! Die Auswirkungen von politischen Entscheiden sind in jeder Lebenslage spürbar.

So geht es auch bei den nationalen Wahlen vom 20. Oktober nicht einfach um den Wahltag und ein paar gewählte Köpfe: Es geht um die Zusammensetzung des schweizerischen Parlaments, das die nächsten vier Jahre die Weichen für unsere Zukunft stellen wird.

Die Politik von heute ist es, die unser Leben und das der nächsten Generationen prägt.

Junge Kandidierende für die Nationalratswahlen – auf der Liste der Jungen Grünen und auf der Stammliste der Grünen Kanton Bern

Das politische Parkett aufmischen!

Wir, die Jungen Grünen, wollen diese Politik für unserer Zukunft mitgestalten! Mit unserem Engagement wollen wir vorangehen und zeigen, wie wir als junge Menschen das politische Parkett aufmischen können. Sei dies mit Aktionen und Demonstrationen, die auf ein Anliegen aufmerksam machen, sei es Unterschriftensammlungen, um eine Volksabstimmung zu erreichen, sei es mit Kandidaturen für Wahlen in die Parlamente auf allen Ebenen unseres Landes. In Muri-Gümligen, Köniz, Biel-Bienne, Spiez und Thun haben wir den Einzug in die Gemeindeparlamente bereits geschafft. Auch wenn die Prozesse langfädig und kompliziert scheinen, erfahren wir, wie unsere Arbeit Früchte trägt.

Mehr über uns und unsere Kandidierenden: siehe Seite 8 oder www.jungegruene.ch/bern

DISKUSSIONSBEITRAG ZUM KLIMAWANDEL

GUT FÜRS KLIMA: REGENERATIVE LANDWIRTSCHAFT

Die CO_2-Emmissionen rasch drastisch reduzieren – das ist das Gebot der Stunde. Doch wir sollten auch dringendst darüber reden, wie wir das bereits übermässig vorhandene CO_2 wieder loswerden.

Alex von Hettlingen, Jurist und Kommunikationsfachmann bei der Stiftung für Konsumentenschutz, Ittigen, www.gruenebantiger.ch

Gelegentlich hört man schon von «Geo-Engineering»: Teure Maschinen filtern unter gigantischem Energieaufwand CO_2 aus der Atmosphäre und pumpen es zurück in ausgebeutete Ölfelder.

Das ist absurd. Insbesondere weil es solche «Maschinen»bereits gibt! Egal ob Baum, Gras, Mais oder Weizen: Pflanzen nehmen CO_2 aus der Luft auf und bauen es in ihren Blättern mit Hilfe des Sonnenlichts zu Zucker um. Davon braucht die Pflanze nur einen Teil für Stoffwechsel und Wachstum. Den Rest pumpt sie über die Wurzeln in den Boden. Mikroorganismen und Pilze bauen den Zucker und totes organisches Material zu stabilem Humus um.

Die billigste Klimaschutzmaschine

Regenerative Landwirte machen sich diese Effekte zunutze. Durch gezielte Massnahmen wie Dauerbegrünung, permanente Durchwurzelung und schonende Bodenbearbeitung schaffen sie mit Hilfe der kostenlosen Sonnenenergie einen stets nachwachsenden Überschuss an organischer Substanz: Nahrungsmittel und neuen Humus. Das ist Nachhaltigkeit pur! Diese Bauern kommen mit minimaler Düngung und weitgehend ohne Pflanzenschutzmittel aus und erhöhen trotzdem die Bodenfruchtbarkeit.

Die regenerative Landwirtschaft ist die effizienteste und billigste Klimaschutzmaschine der Welt! Angenommen, auf den weltweit verfügbaren Agrarflächen würde so durchschnittlich 1% Humus aufgebaut, reduzierte dies den CO_2-Gehalt in der Luft von aktuell 400 auf 320 ppm. Der Klimaeffekt wäre wohl weitgehend entschärft. Es ist höchste Zeit, dieses Potential zu nutzen.

Kampagnenstart: Kürzungen in der Sozialhilfe sind verkehrt.

WIRKSAME SOZIALHILFE

«JA» ZUM VOLKSVORSCHLAG!

Nachdem der Grosse Rat 2018 Kürzungen in der Sozialhilfe von bis zu 30% beschloss, ergriffen die GRÜNEN mit einem Komitee das konstruktive Referendum. Der Volksvorschlag will Armut statt Arme bekämpfen und kommt am 19. Mai zur Abstimmung.

In der Märzsession 2018 hat der Grosse Rat die Revision des Sozialhilfegesetzes verabschiedet. Darin sind Kürzungen von 8 % im Grundbedarf vorgesehen, bei manchen Personen sogar bis zu 30%. Der Grundbedarf beträgt für eine Einzelperson 968 Franken pro Monat für Ausgaben wie Essen, Mobilität, Kommunikation, soziale Kontakte, Körperhygiene usw. Nach der Kürzung sollen Sozialhilfebeziehende mit 8% weniger auskommen. Dies hätte gravierende Folgen für die Betroffenen. Eine vierköpfige Familie hätte nur noch 5 Franken pro Tag und Person für die Ernährung zur Verfügung. Betroffen sind mehrheitlich Kinder, Jugendliche und ältere Stellenlose. Deshalb lancierte ein Komitee von GRÜNEN, SP, EVP und Verbänden den Volksvorschlag als Alternative zum revidierten Sozialhilfegesetz. Dieser beinhaltet folgende zentrale Zielsetzungen:

- Respektvoller Umgang mit älteren Arbeitslosen
- Armut statt Arme bekämpfen
- Kosten senken statt verlagern

Am 13. August 2018 konnte das Komitee den Volksvorschlag mit 16 046 gültigen Unterschriften einreichen. Dieser sieht vor, dass Sozialhilfebeziehende gezielt weitergebildet werden, damit sie in den Arbeitsmarkt eingegliedert werden können. Zudem soll die Wirtschaft stärker eingebunden werden, mit dem Ziel genügend entsprechende Arbeitsplätze zu ermöglichen. Über 55-jährige Stellenlose sollen nicht mehr von der Sozialhilfe unterstützt werden, sondern Ergänzungsleistungen erhalten wie bedürftige AHV- bzw. IV-Rentnerinnen und -Rentner. Und schliesslich sollen für den Grundbedarf weiterhin die Ansätze gemäss den schweizweit anerkannten Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) gelten. Dank diesen Massnahmen sind längerfristig weniger Menschen auf Sozialhilfe angewiesen, was nicht nur ihnen nützt, sondern auch die Kantonsfinanzen entlastet. Gleichzeitig erhalten jene Menschen, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, genügend Unterstützung, für ein würdevolles Leben.

Andrea de Meuron, Grossrätin, Gemeinderätin Thun, Nationalratskandidatin

UNE PLACE POUR CHACUN

Au quotidien, je côtoie l'homme de 50 ans qui a perdu son travail après 20 ans passés dans la même entreprise ou la mère qui a tout quitté pour échapper à des violences conjugales. Dans un monde professionnel qui est plus rude que jamais, il n'y a plus de place pour celle ou celui qui trébuche. Aujourd'hui, il faut à la fois être jeune, qualifié, expérimenté et performant. Gare à celle ou celui qui n'a pas le CV adapté ! Pour redonner à ces gens une vraie place dans la société, nous devons leur donner les moyens de raccrocher au monde du travail. Pour cela, il faut investir durablement dans la réinsertion professionnelle et c'est le but visé par le projet populaire.

Carine Stucki-Steiner, Conseillère de ville, Nidau, candidate au Conseil National

GLEICHSTELLUNG

HERAUS ZUM FRAUENSTREIK!

Lena Frank, Stadträtin Biel, Nationalratskandidatin

Immer, wenn es um Gleichstellung geht, dauert es in der Schweiz ewig: 100 Jahre bis zur Einführung des Frauenstimmrechts, 60 Jahre bis zur Mutterschaftsversicherung – und auf die Lohngleichheit warten wir seit beinahe 40 Jahren. Die Frauen haben die Nase voll! Nach der nationalen Demo mit 20 000 Teilnehmenden folgt am 14. Juni der Frauenstreik.

Seit ihrer Gründung setzen sich die GRÜNEN für die Gleichstellung ein. Dass es damit nicht vorwärts geht, liegt auch am männerdominierten Parlament. Noch immer sind Frauen nicht angemessen in Führungspositionen und in der Politik vertreten. Deshalb braucht es eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Deswegen fordern die GRÜNEN eine Elternzeit. Zeit ist das grosse Thema: Oft fehlt es den Frauen auch an Zeit für Weiterbildung, was ihre Chancen auf Führungspositionen verringert. Ein weiteres Problem: Berufe, in denen vorwiegend Frauen arbeiten, haben oft tiefere Löhne. Obwohl die Verantwortung oft sehr gross ist, wie z.B. in der Pflege und Kinderbetreuung.

Diskriminierung im Alltag

Doch nicht nur im Berufsleben sind Frauen Diskriminierungen ausgesetzt. Sexismus gehört immer noch zum Alltag von Frauen. Am Arbeitsplatz, aber vor allem auch auf der Strasse, im Ausgang oder in der Politik. Oft bleibt es bei sexistischen Sprüchen, nicht selten erleben Frauen aber Gewalt. Millionen von Frauen und Mädchen machen Erfahrungen damit. Das betrifft uns alle!

Endlich Gerechtigkeit

Die GRÜNEN kämpfen auf nationaler, kantonaler und kommunaler Ebene mit Vorstössen für Gleichstellung. Doch das politische System ist träge – oft scheitern die Anliegen in den Räten. Deswegen braucht es den Druck der Bevölkerung. Am 10. März haben sich in Biel 500 Frauen versammelt und ihren Appell zum Frauenstreik verabschiedet. Darunter waren auffällig viele junge Frauen aus der ganzen Schweiz. Die Stimmung hat klar gemacht: Die Frauen sind wild entschlossen, für ihre Anliegen zu kämpfen. Tragen wir unsere Empörung auf die Strasse. Wir wollen endlich Gerechtigkeit! Deswegen: Heraus zum Frauenstreik am 14. Juni!

Mehr Infos zu den regionalen Aktivitäten am 14. Juni gibt es unter:

www.frauenstreik19.ch

KLIMAWANDEL

MEHR ALS HEISSE LUFT VON DEN GRÜNEN

Spätestens seit dem Hitzesommer 2018 ist der Klimawandel überall präsent. Die Schülerinnen und Schüler gehen auf die Strasse und fordern Massnahmen für den Klimaschutz. Zu Recht, es geht um ihre Zukunft. Die nationale Politik befasst sich mit dem CO_2-Gesetz (leider bis jetzt nicht erfolgreich) und Medienberichte häufen sich.

Christine Badertscher, Vize-Präsidentin Grüne Kanton Bern, Nationalratskandidatin

Im Zentrum steht dabei das Klimaabkommen von Paris, das die Schweiz ratifiziert hat. Es fordert, dass der Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf unter 2°C begrenzt werden soll. Dabei müssen die Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2050 auf netto null gesenkt werden.

Die GRÜNEN waren, sind und bleiben die Klimapartei. Nicht erst seit dem letzten Hitzesommer fordern sie wirksame Massnahmen für den Klimaschutz, auch im Kanton Bern. Die GRÜNE Fraktion hat im Grossen Rat eine Reihe von Klima-Vorstössen eingereicht. Zum Beispiel die Motion von Natalie Imboden, die eine verursachergerechte Motorfahrzeugbesteuerung fordert. Diese wäre ein Anreiz, weniger Auto zu fahren. Wer in seinem Fahrzeug jährlich nur 3000 km weniger als der Durchschnitt zurücklegt, belastet das Strassennetz zu 28 Prozent weniger und produziert entsprechend weniger Treibhausgase. Um die längst nötige Wende im Bereich Verkehr zu erreichen, sind solche neuen Anreize erforderlich. Der Grosse Rat lehnte die Motion jedoch ab.

Eine Interpellation von Bruno Vanoni fordert eine Standortbestimmung zum Klimaschutz im Kanton Bern. In seiner Antwort beteuert der Regierungsrat, dass ihm der Klimaschutz ein grosses Anliegen ist. Doch der gleiche Regierungsrat hat eine weitere Motion, die einen Masterplan zur Dekarbonisierung fordert, d.h. den Ausstieg aus fossilen Energieträgern, als erfüllt deklariert. Dabei ist der Kanton Bern von diesem Ziel weit entfernt. Dies erkannte auch der Grosse Rat und überwies die Motion ohne sie abzuschreiben. Es steht also noch viel Arbeit an, insbesondere auch nach der sehr knappen Ablehnung des Energiegesetztes im Februar 2019. Die Grünen bleiben dran!

GLETSCHER-INITIATIVE

DIE SCHWEIZ AUF KLIMAKURS BRINGEN

2015 hat die Schweiz das Pariser Klimaabkommen unterzeichnet, das erstmals alle Staaten zur Reduktion der Treibhausgasemissionen verpflichtet. Der von allen Staaten der Erde (ausser Syrien) ratifizierte Vertrag hat als wichtigstes Ziel, die durchschnittliche globale Erwärmung im Vergleich zur vorindustriellen Zeit auf deutlich unter 2 Grad Celsius zu begrenzen.

Myriam Roth
Conseillère de ville à Bienne et co-présidente de l'association suisse pour la protection du climat, candidate au Conseil National

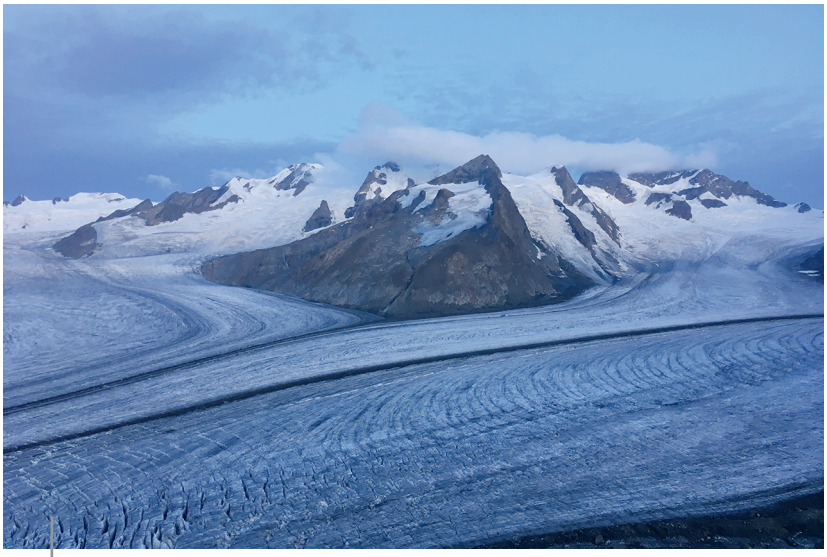
Im Sommer 2018 gründeten Einzelpersonen aus der Zivilgesellschaft den Verein Klimaschutz Schweiz.

Anfang dieses Jahres hat der Verein die Gletscher-Initiative beschlossen, um die Ziele des Pariser Klimaabkommens in der Verfassung zu verankern. Mit der Eidgenössischen Volksinitiative für ein gesundes Klima (Gletscher-Initiative), so der offizielle Name, soll die Schweiz auf Klimakurs gebracht werden:

- Bund und Kantone setzen sich zukünftig im Inland und Ausland für die Begrenzung der Risiken und Auswirkungen der Klimaveränderung ein;
- Die Wirkung der vom Menschen verursachten Treibhausgasemissionen auf das Klima soll spätestens ab 2050 neutralisiert werden;
- Ab 2050 werden in der Schweiz keine fossilen Brenn- und Treibstoffe mehr in Verkehr gebracht (mit Ausnahmen für technisch nicht substituierbare Anwendungen mit sicheren Senken im Inland);
- Die Klimapolitik wird auf die Stärkung der Volkswirtschaft und auf Sozialverträglichkeit ausgerichtet und nutzt namentlich auch Instrumente der Innovations- und Technologieförderung.

Um diese Ziele zu erreichen, verlangt die Gletscher-Initiative, dass der Bund spätestens fünf Jahre nach deren Annahme die Gesetzgebung erlässt. Dabei soll das Gesetz den Absenkpfad für die Treibhausgasemissionen bis 2050 festlegen. Es sollen Zwischenziele benannt werden, die mindestens zu einer linearen Absenkung führen, und die zur Einhaltung des Absenkpfades erforderlichen Instrumente müssen benannt werden.

Die Unterschriftensammlung für die Gletscher-Initiative beginnt im Mai, unter www.klimaschutz-schweiz.ch können sich alle Interessierten für die Mithilfe eintragen.



Im Mai beginnt die Unterschriftensammlung für die Gletscher-Initiative.

AGENDA

23.04.2019 Sozialhilfe unter Druck? 19-20 Uhr. Podium u.a. mit Therese Frösch (Co-Präsidentin SKOS) und Pierre-Alain Schnegg (SVP-Regierungsrat). Missione Cattolica Italiana, Bovetstr. 1, 3007 Bern.

29.04.2019 Verschärfungen in der Sozialhilfe, was steckt dahinter? ab 19:30 Uhr im Dorfhus Spiez, Spiezbergstr. 3, 3700 Spiez. www.gruenespiez.ch

30.04.2019 Steuervorlage (STAF): Unfair gegenüber Entwicklungsländern 18:15-19:30 Uhr. Inputreferat von Dominik Gross, Verantwortlicher für Internationale Steuerpolitik bei Alliance Sud. Anschliessend MV der GFL Bern. Haus der Begegnung, Mittelstrasse 6a, 3012 Bern.

03.05.2019 Sozialer Stadtrundgang mit GB-Nationalratskandidat*innen 16:30-18:30 Uhr. Stadtrundgang in Zusammenarbeit mit surprise.ngo. Anmeldung bei info@markusheinzer.ch. Treffpunkt: Tramhaltestelle Monbijou, Bern.

04.05.2019 Grüner Stammtisch 10-11 Uhr auf dem Stadtplatz von Nidau. Der Stammtisch findet bis zum 03.08.2019 jeden ersten Samstag im Monat statt. www.gruene-nidau.ch

04.05.2019 Fahrende Litfasssäule zum menschlichen Grundbedarf ab 9:30 Uhr. Mit einer fahrenden Litfassäule informiert das GB Bern über die verschiedenen Aspekte des Grundbedarfs. Waisenhausplatz, 3011 Bern. www.gbbern.ch

10.05.2019 Mitgliederversammlung Grüne Mittelland-Nord 18:00. 19:30 öffentlicher Info-Abend Autobahn-Ausbau, ChäppuTreff, Kappelisackerstr. 119, Ittigen. www.gruene-mittelland-nord.ch

14.05.2019 Mitgliederversammlung Grüne Emmental ab 18:15 Uhr. Ab 19:30 Uhr öffentlicher Teil zum Thema «Kann Bio und Permakultur uns ernähren?». Mauerhofhaus, Dorfstr. 16, 3555 Trubschachen. www.gruene-emmental.ch

30.05.-02.06.2019 Green-Earth Festival in Köniz, Junggrünes Auffahrtslager mit Workshops und tollem Abendprogramm. Anmeldungen und weitere Infos: www.greenearth-festival.ch

04.06.2019 Jahresversammlung GFL Zollikofen 19:30-22:00 Uhr. Öffentlicher Teil mit NR Aline Trede bis ca. 20.45 Uhr. Anschliessend Jahresversammlung der GFL Zollikofen. Restaurant la rocca, Bernstr. 157, 3052 Zollikofen. www.gfl-zollikofen.ch

20.08.2019 DV der Grünen Kanton Bern in der Kulturhalle, Sägegasse 17, Burgdorf. 19 bis ca. 21 Uhr. Mehr Infos: www.gruenebern.ch/events

ABSTIMMUNG VOM 19. MAI

NEIN ZUM ERNEUTEN STEUER-BSCHISS

Regula Rytz, Nationalrätin, Ständeratskandidatin

In diesem Frühling zahlen die grössten Unternehmungen in der Schweiz 40 Milliarden Franken Dividenden aus. Und zwar mehrheitlich an Aktionär*innen und Aktienfonds im Ausland. Gleichzeitig plant die Schweiz eine Unternehmensgewinn-Steuersenkung im grossen Stil. Über 2 Milliarden Franken soll die neue Steuerreform (STAF) kosten. Sie führt zum Abbau beim Service Public und heizt den ungesunden Steuerwettbewerb weiter an – schweizweit und global.

2017 hat die Bevölkerung die Unternehmenssteuerreform III klar abgelehnt. Nun wird die versalzene Suppe noch einmal serviert. Um den Steuer-Bschiss schmackhafter zu machen, wurde gleichzeitig eine Finanzspritze für die AHV beschlossen. Die Stabilisierung der AHV ist richtig. Sie darf aber nicht mit einer Unternehmensgewinnsteuer-Senkung von über 2 Milliarden Franken erkauft werden. Denn nicht nur die AHV braucht zusätzliche Finanzmittel. Auch die Kantone und Gemeinden stehen wegen der immer älter werdenden Bevölkerung in der Pflicht. Einen Abbau bei Spitex, Ergänzungsleistungen oder der Pflegefinanzierung können wir uns nicht leisten. Die GRÜNEN fordern eine ertragsneutrale Lösung und sagen Nein zu STAF.

Im Kanton Bern konnte ein drohendes Steuerloch dank dem GRÜNEN Referendumssieg Ende 2018 verhindert werden. Doch wenn die Nachbarkantone wegen STAF ihre Gewinnsteuern senken, kommt auch Bern erneut unter Druck. Der beste Weg, diesem Spuk ein Ende zu setzen, ist ein Nein zur Steuervorlage (STAF) am 19. Mai.

Vertiefte Informationen: www.gruene.ch.

EU-WAFFENRICHTLINIE

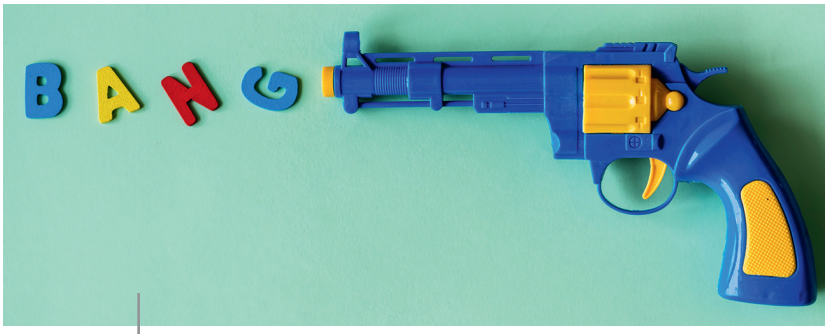
EIN KLEINER, RICHTIGER SCHRITT

Die Übernahme der EU-Waffenrichtlinie ist lediglich ein kleiner Schritt. Trotzdem ist er wichtig. Denn jeder Schritt hin zu einer besseren Kontrolle der Waffen ist förderlich für die Sicherheit.

Aline Trede, Nationalrätin Grüne

Die Debatte war emotional, die Debatte über die EU-Waffenrichtlinie. Bei den Menschen, die immer noch der Meinung sind, dass eine Waffe zuhause zur DNA von uns Schweizer*innen gehört. Und bei den Politiker*innen, die alles, was mit den zwei Buchstaben E und U verbunden ist, kategorisch ablehnen. Dabei ist die Übernahme der Richtlinie lediglich ein kleiner Schritt für mehr Sicherheit vor Waffenmissbrauch. Und zudem grundlegend für das Weiterbestehen des Schengen- Abkommens. Schengen/Dublin hat für die Schweiz nicht nur sicherheitsrelevante Bedeutung. Sondern ermöglicht beispielsweise auch die wirtschaftlich relevante Personenfreizügigkeit und unsere Reisefreiheit.

Der Grund für die EU-Waffenrichtlinie – und für die damit verbundene Verschärfung der Waffenfreigabe – liegt in den grausamen Anschlägen der letzten Jahre. Es ist also nachvollziehbar, dass die EU bezüglich Schengen gesetzlichen Handlungsbedarf erkannt hat. Der Versuch, dass die Waffen weniger in falsche Hände gelangen, ist ein Anfang. Der schon lange überfällige Schritt wäre eine Registrierung aller Waffen. Und für uns GRÜNE ist schon seit je her klar: Die Waffen gehören komplett abgeschafft. Leider steht das heute noch nicht zur Diskussion.



Die Teilrevision des Waffenrechtes bringt punktuelle Verbesserungen beim Schutz vor Waffenmissbrauch.

PAROLEN

Der Vorstand der Grünen Kanton Bern empfiehlt folgende Parolen für die Abstimmungen vom 19. Mai (siehe www.gruenebern.ch für mehr Informationen und den Beschluss der Delegiertenversammlung):

Kantonal

- **Änderung des Gesetzes über die öffentliche Sozialhilfe – NEIN**
  Volksvorschlag für eine wirksame Sozialhilfe – JA
  Stichfrage: Volksvorschlag

National

- **Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung – NEIN**
- **Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung des Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Richtlinie zur Änderung der EU-Waffenrichtlinie – JA**

PLATZ FÜR MENSCHEN (STATT AUTOS) SCHAFFEN

WIE VIEL VERKEHR VERTRÄGT EIN DORF?

Soll in einem Dorf wie Münchenbuchsee die Lebensqualität und die Attraktivität gesteigert werden, dann muss die Frage des Verkehrs neu gedacht werden.

Der geplante Umzug des kantonalen Strassenverkehrsamtes nach Münchenbuchsee hat im vergangenen Jahr zu intensiven Diskussionen geführt. Es ging in erster Linie um den prognostizierten Mehrverkehr.

Im Zentrum von Buchsi besteht bereits heute infolge des hohen Verkehrsaufkommens von über 10 000 Fahrzeugen pro Tag Handlungsbedarf. Dazu kommt, dass der kantonale Richtplan bis 2030 mit einer Zunahme des motorisierten Verkehrs um 15% rechnet. Es braucht dringend Lösungen.

Das Ziel: Strassenraum für alle!

Der Wunsch nach mehr Lebensqualität im Dorf ist unbestritten und eng verknüpft mit grösserer Verkehrssicherheit sowie weniger Lärm und Abgasen. Der Strassenraum ist Teil des täglichen Lebens und Wohnens und darf nicht nur dem motorisierten Verkehr vorbehalten sein. Strassenraum für alle ist keine Fiktion, sondern ein erstrebenswertes Ziel, das die Lebens- und Wohnqualität der Bevölkerung, aber auch die wirtschaftliche Attraktivität des Ortes erhöht. Es braucht Platz für die Menschen und nicht nur für ihre Fahrzeuge. Die Basis dafür bildet eine sinnvolle Organisation des Verkehrsablaufs und eine entsprechende Gestaltung der Verkehrsfläche.

Seit Jahren fordern die GRÜNEN in Münchenbuchsee eine Umgestaltung der Hauptverkehrsachsen und die Einführung von Tempo 30 auch auf den Hauptstrassen.

www.gfl-buchsi.ch

Peter Stucki, Präsident Grüne Freie Liste GFL Münchenbuchsee

Stau im Dorfzentrum von Münchenbuchsee: Verbesserung durch das Verkehrsmanagement Bern-Nord in Sicht?

ETWAS TUN GEGEN DAS MIKROPLASTIK-PROBLEM

KUNSTRASEN: IDEALLÖSUNG – ODER DOCH NICHT?

Wir wissen es – Mikroplastik ist mittlerweile weitverbreitet: in den Ozeanen, in Binnengewässern, in Böden, in vielen Tieren, wohl auch in vielen Menschen. Und? Kümmert uns das? In Ostermundigen ist das Problem wegen eines Kunstrasen-Kaufs auf dem politischen Tapet.

Schätzungsweise fünf bis zwölf Millionen Tonnen Plastikmüll gelangen jedes Jahr in die Meere. Wenn es so weiter geht, ist die Menge an Plastik in den Meeren im Jahr 2050 grösser als die Menge an Fischen. Mikroplastik entsteht durch Abrieb von Autoreifen, beim Waschen von Kunststofftextilien, über gewisse Kosmetikprodukte, durch den Zerfall von Plastikmüll.

Und nun will Ostermundigen zu einem Schnäppchenpreis YB einen Occasions-Kunstrasen abkaufen für den Sportplatz Oberfeld, der dann allerdings für fast eine Million Franken dafür eingerichtet werden müsste.

Auch ein Kunstrasen setzt (Mikro-) Plastikteile frei. Das Füllmaterial aus Plastikgranulat, das den Rasen so angenehm federt und leicht bespielbar macht, gelangt unweigerlich auch neben das Feld, ins Abwasser, in die angrenzenden Böden.

Kritische Fragen im Parlament

Das wollen wir GRÜNE Ostermundigen nicht einfach hinnehmen. Wir haben daher eine überparteiliche Motion zum Thema im Parlament eingereicht. Wir verlangen vom Gemeinderat darzulegen, wie die Bedürfnisse des Fussballclubs FCO nachhaltig sichergestellt werden können und gleichzeitig der achtsame und sorgfältige Umgang mit der Natur gewährleistet wird. Anhand einer Analyse der ökologischen und finanziellen Aspekte sollen unsere gut begründeten Fragen zum Vorhaben «Kunstrasen» beantwortet werden.

Problematik erkannt

Unsere Hinweise auf die Problematik von Kunstrasen sind in der Öffentlichkeit wahrgenommen worden. Das Worber Gemeindeparlament verlangt nun seinerseits vom Gemeinderat vertiefte Abklärungen zum vorgesehenen Kunstrasenplatz. Und in Bern, wo bereits mehrere Kunstrasen bespielt werden, sind die zuständigen Personen auf eine Thematik aufmerksam geworden, die sie bisher offensichtlich nicht kannten.

www.gruene-ostermundigen.ch

Martin Zabe-Kühn, Ursula Lüthy, Adrian Tanner, Grüne Ostermundigen

ERNEUERBARE ENERGIE

PLATZ DA – FÜR MEHR SOLARENERGIE!

Auch heute noch wird mit wilden Berechnungen Angstmacherei betrieben, indem das Potential der Sonnenenergie klein geredet wird. Diese muss neben der Wasserkraft eine führende Rolle übernehmen, wenn wir unseren CO_2-Ausstoss auf ein verträgliches Minimum senken möchten. Machen wir endlich vorwärts!

Carole Klopfstein, Geschäftsleiterin Schweiz. Vereinigung für Sonnenenergie SSES, Nationalratskandidatin der Jungen Grünen, Muri

Werden Solarpanels sauber hergestellt und danach recycliert, ist der bei der Herstellung verursachte Energieverbrauch nach rund 3 Betriebsjahren wieder ausgeglichen. Danach ist eine Anlage problemlos 22 weitere Jahre oder noch länger in Betrieb. Wieso aber wird in der Schweiz nur rund 3% des Stroms mit Solarpanels produziert?

Solarstrom: unfair ausgebremst…

Problematisch sind die vergleichsweise hohen Kosten, was aber in erster Linie daran liegt, dass der Preis von fossilen Energieträgern und Atomstrom die externen Kosten nicht berücksichtigt. Viele Elektrizitätswerke verschärfen den unfairen Kostenvergleich noch, indem sie zu niedrige Rückliefertarife für eingespiesenen Solarstrom bezahlen. So kauft beispielsweise Energie Wasser Bern (ewb) den Strom aus Solaranlagen für nur 9.5 Rappen pro Kilowattstunde ein, um ihn dann merklich teurer weiterzuverkaufen.

… aber auch ökonomisch rentabel

Damit sich die erneuerbaren Energien definitiv und konkurrenzfähig etablieren können, braucht es neben einer fairen Rückvergütung auch die Internalisierung externer Kosten und klare rechtliche Rahmenbedingungen. All diese Faktoren tragen dazu bei, dass das Wachstum der Sonnenenergie seit Jahren gehemmt wird und nur einen Bruchteil ihres riesigen Potentials ausgeschöpft wird.

Solarenergie soll endlich wirtschaftlich so vorteilhaft werden, wie ihre Ökobilanz sie ausweist. Nur so kann die Schweiz ihren CO_2-Ausstoss gemäss den Zielen des Pariser Klimavertrags reduzieren. Die GRÜNEN setzen sich – auch in unserer Region – für die Sonnenenergie ein: politisch, als Solarstrom-Produzenten und auch mit dem Kauf von Solarstrom. Helfen auch Sie mit?

www.gruene-muri-guemligen.ch

AKTIVE JUNGE GRÜNE AUS UNSERER REGION

MIT ERNEUERBARER ENERGIE UND ELAN

Die Foto oben – von Profi-Radrennfahrerin Marlen Reusser – zeigt es beispielhaft: Junge Grüne sind – wie schon die etwas älteren GRÜNEN – topmotiviert und beharrlich unterwegs. Auch nach Rückschlägen für ihre Anliegen und Niederlagen in Abstimmungen starten sie immer wieder neu: dank erneuerbarer Energie, die sie aus ihrem inneren Feuer und dem gemeinsamen Engagement schöpfen. So treten Junge Grüne aus unserer Region am 20. Oktober zu den Nationalratswahlen an:

- Marlen Reusser, Gümligen, chirurgische Assistenzärztin, zurzeit unterwegs mit einem Frauenteam an internationalen Strassenrennen
- Lea Zoss, Ittigen, medizinische Praxisassistentin, Vorstandsmitglied der Jungen Grünen und der Grünen Kanton Bern
- Seline Fankhauser, aus Laupen, jetzt in Bern, Fachfrau Gesundheit, Studentin der Sozialen Arbeit, mit ermutigendem Resultat aus den Grossratswahlen 2018
- Carole Klopfstein, Geschäftsleiterin SSES, Präsidentin der Grünen Muri-Gümligen, Mitglied des Gemeindeparlaments (siehe oben)
- und auf der Stammliste der Grünen Kanton Bern (mit den beiden Grossräten Thomas Gerber und Bruno Vanoni): Elisabeth (Lisi) Dubler, Uettligen, Schreinerin, Mitglied der Geschäfts- und Ergebnisprüfungskommission GEPK der Gemeinde Wohlen b. Bern, seit den Grossratswahlen 2018 auf dem ersten Ersatzplatz fürs Nachrücken… (siehe Seite 2)

Sieben aktive Ortsparteien

Der Grossratswahlkreis Mittelland-Nord erstreckt sich in einem weiten Halbkreis-Bogen um die Stadt Bern herum: von Laupen im Westen bis nach Fraubrunnen im Norden und Worb im Osten. Hier engagieren sich GRÜNE in der Regionalpartei GMN und in den grünen Ortsparteien von Muri-Gümligen, Münchenbuchsee (GFL), Ostermundigen, Wohlen, Worb und Zollikofen (GFL). Bolligen, Ittigen, Stettlen und Vechigen gehören zum Gebiet der Grünen Bantiger.

Weitere Infos: www.gruene-mittelland-nord.ch

Impressum: Grüne Kanton Bern, Monbijoustrasse 61, 3007 Bern, sekretariat@gruenebern.ch. Grüne Mittelland-Nord (GMN), www.gruene-mittelland-nord.ch, sekretariat@gruene-mittelland-nord.ch. Redaktion: S. 3-6 Jessica Fuchs, Grüne Kanton Bern; S. 1, 2, 7, 8 Bruno Vanoni, Vorstandsmitglied GMN. Gestaltung www.muellerluetolf.ch. Portraitfotos: Fabian Lütolf (S. 1-8) oder zur Verfügung gestellt. Fotos und Illustrationen: S. 1: Ben Zumbühl, S. 2: Junge Grüne, S. 3: Franziska Rothenbühler, S. 4: Frauenstreikkomitee Bern, S. 5: Jessica Fuchs, S. 6 oben: Grüne Schweiz, S. 6 unten: www.pexels.com, S. 7: Thomas Scheurer, S. 8: www.marlenreusser.com. Druck: Bubenberg Druck, Bern. Auflage: 8500.